

Aktuelle Post aus dem Kreistag (21)



24. Juli 2014

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagssitzung am 23. Juli war eine Mammut Sitzung von 15 bis 21 Uhr. Es standen einige wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Deshalb ist diese Post etwas umfangreicher als das sonst üblich.

Wir berichten über:

Änderung der Geschäftsordnung des Kreistags – Verkleinerung des Kreistags -
Anträge von SPD, Grünen und FDP

Änderungsantrag DIE LINKE: Fraktionsstärke nicht heraufsetzen, keine
Einführung von Zugangshürden bei Kreistagswahlen

Antrag DIE LINKE: Mietbescheinigungen

Beschluss zum Schulentwicklungsplan

Antrag der Jugend- und Sozialhilfekommission: Rahmenvereinbarungen
zwischen dem Wetteraukreis, dem hessischen Städtetag und der Liga der
Wohlfahrtsverbände (es geht um tarifliche Festlegungen für freie Jugend-
hilfeträger)

Dringlichkeitsantrag DIE LINKE. zu den Schulwegen

Änderungsantrag DIE LINKE. zum Integrationskonzept des Wetteraukreises

Dringlichkeitsantrag DIE LINKE. Hilfe für Flutopfer – ein Fonds für Hilfen nach
Naturkatastrophen

Verkleinerung des Kreistags und Änderungen in der Geschäftsordnung: Weniger Demokratie für die Opposition

Die Antrag stellende Koalition (SPD, Grüne, FDP) tut so, als seien die Änderungen nur eine längst überfällige Anpassung. Nach 15 Jahren müsse die Geschäftsordnung eben

modernisiert werden. Doch in Wirklichkeit werden gravierende Veränderungen vorgenommen, die besonders kleine Parteien oder Wählergruppen treffen. Man könnte auch sagen: die Opposition soll mundtot gemacht werden.

Im Paragraphen 5 der neuen Geschäftsordnung geht es um die Heraufsetzung der Fraktionsstärke auf drei Abgeordnete. Bisher wurden zwei Abgeordnete als Fraktion anerkannt.

Was sind die Folgen?

Fraktionslose Abgeordnete könnten nicht mehr in Ausschüssen mitarbeiten, erhielten weniger Informationen und eine erhebliche Beschränkung der Redezeit. Selbst in grundsätzlichen Debatten, wie der Haushaltsdebatte, steht laut Geschäftsordnung nur Fraktionen eine ausführliche Redezeit zu. Auch die finanziellen Mittel würden weitgehend gestrichen.

Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in den kommunalen Parlamenten zu repräsentieren, wurde die Zugangshürde von 5 Prozent abgeschafft. Nun wird mit der Erhöhung der Fraktionsstärke und der ebenfalls geplanten Verkleinerung des Kreistags auf kaltem Wege wieder eine Hürde von etwa 4 Prozent aufgebaut.

Das Bundesverfassungsgericht hatte für die Europawahl die 3%-Hürde als verfassungswidrig eingestuft. Zugangshürden zu Parlamenten seien Demokratiehürden. Gerade bei der Wahlgesetzgebung bestehe die Gefahr, "dass die jeweilige Parlamentsmehrheit sich statt von gemeinwohlbezogenen Erwägungen vom Ziel des eigenen Machterhalts leiten lässt". Die Stimme jedes Wählers müsse grundsätzlich denselben Zählwert haben und der Grundsatz der Chancengleichheit müsse gegeben sein. Gilt dies nicht in besonderem Maße für kommunale Parlamente, die ja eigentlich bürgernäher sein sollten? Sollte eine Wahlgesetzgebung, die keine Zugangshürden kennt nun durch eine Kreistags-Geschäftsordnung ausgehebelt werden?

Das alles entspricht nicht der Intention, das politische und gesellschaftliche Mitwirken zu verbreitern. Fast alle Parteien fordern in ihren Programmen eine breitere Beteiligung durch direktere Formen der Demokratie (Bürgerbefragungen, Volksentscheide, Onlineplattformen...) - doch im Wetterauer Kreistag wird die politische Mitwirkung mit dieser Geschäftsordnung beschnitten.“

Unser Änderungsantrag und unsere Rede findet Ihr / finden Sie hier:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/403-kreistags-koalition-will-rechte-der-opposition-beschneiden-linke-will-keine-%C3%A4nderung-der-gesch%C3%A4ftsordnung-des-kreistags.html>

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/408-%C3%A4nderung-der-gesch%C3%A4ftsordnung-ist-undemokratisch.html>

In der Debatte eierten besonders die Grünen. Ihr Fraktionsvorsitzender Michael Rückl warb um Verständnis: Sie seien ja der gleichen Meinung, wie DIE LINKE. Aber sie

wären einen Kompromiss eingegangen und könnten nun nicht mehr so, wie sie es eigentlich wollten.

Die Anträge wurden nun in den Haupt-, Finanz-, Personal- und Gleichstellungsausschuss (...) überwiesen.

Antrag DIE LINKE: Mietbescheinigungen

Immer wieder kommen Menschen in die Sprechstunde der Linken Hartz4-Hilfe, die eine Mietbescheinigung beim Jobcenter oder Sozialamt abgeben sollen. Meist haben sie damit Probleme. Der Vermieter ist nämlich nicht verpflichtet, so eine Mietbescheinigung auszufüllen. Zudem hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit unmissverständlich dargelegt, dass kein/e Mieter/in im Sozialleistungsbezug offenlegen muss, dass er/sie Sozialleistungen bezieht. Das wäre aber der Fall, würde eine Mietbescheinigung eingeholt.

Trotzdem die rechtliche Lage klar ist, verlangen die Wetterauer Behörden diese Mietbescheinigungen auch dann, wenn andere „Beweise“ vorgelegt werden, wie ein Mietvertrag, eine Umlagenabrechnung, Überweisungsträger u.ä.

Wir haben beantragt:

„Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, dafür Sorge zu tragen, dass im Jobcenter und in den entsprechenden Stellen des Wetteraukreises – wie Sozialamt, Wohngeldstelle, Ausländeramt - von den Leistungsberechtigten kein „Nachweis über Unterkunftskosten“ (Mietbescheinigungen) mehr vorzulegen ist, da dies nicht rechtmäßig ist.

Außerdem sollen die entsprechenden Mitarbeiter/innen des Wetteraukreises und des Jobcenters über die datenschutzrechtlichen Bedingungen in dieser Sache aufgeklärt und zur Einhaltung aufgefordert werden.“

Der Antrag löste eine skurile Debatte aus: alle Redner/innen der anderen Parteien stellten fest, dass Mietbescheinigungen nicht rechtmäßig sind – doch sie verwiesen den Antrag in den Sozialausschuss und dort soll ein neues Formular für eine Mietbescheinigung entworfen werden.

Das Thema bleibt uns also erhalten.

Der gesamte Antrag mit ausführlicher Antragsbegründung und unsere Rede findet ihr/finden Sie hier:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/395-mietbescheinigungen-im-wetteraukreis-abschaffen.html>

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/414-mietbescheinigungen-sind-nicht-rechtm%C3%A4%C3%9Fig.html>

Beschluss zum Schulentwicklungsplan

Nichts aufregendes steht im neuen Schulentwicklungsplan – bis auf die Oberstufe an der Singbergschule in Wölfersheim. Schon im Bildungsausschuss hatte die CDU alle möglichen Gründe gegen diese Oberstufe angeführt und deutlich gemacht: sie will dass man nur an den umliegenden Gymnasien Abitur machen kann.

Viele Schüler/innen und Lehrer/innen aus der Singbergschule in Wölfersheim waren wegen dieses Tagesordnungspunktes gekommen. Sie standen mit ihren Spruchbändern vor dem Kreistag und bevölkerten den Zuschauerraum.

Der Schulentwicklungsplan wurde gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir haben uns wie folgt in der Debatte geäußert:

„DIE LINKE. wird diesem Schulentwicklungsplan zustimmen. Auch wenn wir in Einzelpunkten jetzt Kritik äußern könnten: wir sehen das Ganze und hier ist uns folgender Punkt wichtig: Wir wollen eine Ausweitung der Möglichkeiten für Schüler/innen, in einer Gesamtschule unterrichtet zu werden. Es ist – nicht erst seit G8 – erwiesen, dass Gesamtschulen eine umfassendere Förderung erreichen als das Gymnasium und die anderen Sparten des vielgliedrigen Schulsystems. In der Regel haben Schüler/innen an Gesamtschulen mehr Zeit zum Lernen. Die pädagogischen Konzepte sind auf das Fördern ausgerichtet. Die Durchlässigkeit der Schulformen ist eher gegeben.

Uns Linken reicht dementsprechend die Ausstattung der Gesamtschulen mit Schulsozialarbeit und Mitteln nicht aus. Sie wissen auch, dass der Schülertransport zu einer Gesamtschule nicht immer gegeben ist. Aber das sind andere Baustellen.

Zunächst mal wird mit diesem Schulentwicklungsplan eine Oberstufe in Wölfersheim beschlossen. Das begrüßen wir. Es wird dazu führen, dass mehr Schüler/innen zu einem höheren Bildungsabschluss kommen können.

Meine Damen und Herren, einen Punkt möchte ich noch ausführen:

Sie haben mit einer gesonderten Vereinbarung mit dem Kultusministerium die Förderschulen und Beratungs- und Förderzentren aus dem Schulentwicklungsplan herausgenommen.

Weil es heute um die Entwicklung der schulischen Bildung im Wetteraukreis geht, mache ich hier nochmal einige Anmerkungen dazu:

Wir halten diese Sondervereinbarungen für einen Fehler. Nötig wäre gewesen, Druck zu machen für eine flächendeckende verbindliche Umsetzung von Inklusion in Hessen.

Eine Auseinandersetzung, welche Bedingungen Schulen für die Aufgabe inklusiver Beschulung brauchen und wie das im Schulentwicklungsplan festgeschrieben werden könnte, wurde auch nicht geführt.

Diese beschlossene „Modellregion“ hat aus unserer Sicht keinen Modellcharakter.

Sie ist der Versuch, unter Sparzwang Inklusion zu simulieren. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer und andere pädagogisch tätige Kolleginnen und Kollegen werden viel Kraft investieren, Inklusion dennoch zu erreichen. Doch sollten nicht die Rahmenbedingungen stimmen? Wenn Inklusion an den allgemeinbildenden Schulen nicht gelingt, stehen wir vor der Situation, dass hochqualifizierte Einrichtungen und Konzepte abgebaut wurden, die auch nicht einfach wieder installiert werden können.

Heute steht dieser Teil der Schulentwicklung nicht mehr zur Debatte. Die Vereinbarungen zur Modellregion sind beschlossen. Aber das halten wir für einen wichtigen Punkt, der in den Überlegungen zur Schulentwicklung im Wetteraukreis nicht seiner Bedeutung entsprechend bearbeitet wurde.“

Übrigens: DIE LINKE. hat ein Heftchen zur Inklusion herausgebracht.

Wer unsere „10 Punkte für Inklusion im Wetteraukreis“ lesen möchte, findet das Heftchen hier:

[http://www.die-linke-wetterau.de/content/images/lag-sbh/Dokumente/10 Punkte fuer die Wetterau.pdf](http://www.die-linke-wetterau.de/content/images/lag-sbh/Dokumente/10_Punkte_fuer_die_Wetterau.pdf)

Rahmenvereinbarungen zwischen Wetteraukreis, dem hessischen Städtetag und der Liga der Wohlfahrtsverbände: Freie Träger wollen eine Art Tarif

DIE LINKE. stimmte als einzige Partei dafür, dass es Rahmenvereinbarungen geben sollte. Alle anderen Parteien fanden es gut, dass der Wetteraukreis mit jedem freien Jugendhilfeträger einzeln verhandelt.

Warum das so ist, könnt ihr/können Sie unserer Rede entnehmen:

„DIE LINKE. Wird diesem Antrag zustimmen.

Sie treffen gerade Einzelvereinbarungen mit den Trägern.

Wir sind aber der Meinung, es bedarf dieser Rahmenvereinbarung, die wie ein Tarifvertrag die Bedingungen im Jugend- und Sozialhilfebereich regelt. Das ist für eine Qualitätssicherung nötig. Löhne und Personalschlüssel müssen gesichert sein. Die Einrichtungen dürfen nicht in Einzelverhandlungen gegeneinander ausgespielt werden, um die besten Dumping-Vereinbarungen zu treffen.

Dass dies zu befürchten ist, wurde auf der letzten Sitzung des Ausschusses „Jugend, Soziales und Gesundheit“ deutlich. Dort verteidigten die Grünen die Einzelverhandlungen sinngemäß so: „Man kann besser nachjustieren und zum Beispiel sehen, ob etwa die Fahrzeiten zu reichlich bemessen sind. Die Grünen sprachen sich für „freie Kräfte“ der Verhandlungen aus und eine Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten.

Was soll das heißen? Etwa: Träger im Ostkreis erhalten weniger als im Westkreis? Träger, die geschickter verhandeln erhalten mehr als die ungeschickten?

Wir sprechen uns eindeutig für Rahmenvereinbarungen aus.“

Dringlichkeitsantrag DIE LINKE. zu den Schulwegen

Sicher habt ihr / haben Sie die Aufregung mitbekommen, als bekannt wurde, dass für etwa 800 Schüler/innen der Bus nicht mehr vom Wetteraukreis bezahlt wird.

Die VGO (Verkehrsgesellschaft Oberhessen) hatte kürzlich entsprechende Bescheide verschickt, weil neuerdings 16 Schulwege als „sicher“ eingeschätzt werden.

In den Zeitungen hatten sich alle Parteien verärgert über diese Maßnahme der VGO gezeigt. Was wir davon halten, könnt ihr / können Sie in unserer Rede lesen:

„Wenn es für viele Eltern und Kinder nicht so ernst wäre, könnte man eigentlich witzig finden, wie widersprüchlich agiert wird: SPD, Grüne, FDP, FW und CDU wundern sich in der Presse öffentlichkeitswirksam, wie das passieren konnte, dass die VGO für 16 Schulwege die Kosten nicht mehr übernimmt. Sie geben gute Tipps wie: Eltern sollen Widerspruch einlegen. Sie unterschrieben auf Protestlisten und sorgen sich öffentlichkeitswirksam um das Wohl der Kinder. Schöner Versuch, von der eigenen Verantwortlichkeit abzulenken: mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.

Leider fiel diese Schulwege-Entscheidung nicht vom Himmel. Der Kreisausschuss beauftragte die VGO genau das zu tun, was getan wurde. Und in diesem Kreisausschuss sind Sie – also SPD, Grüne, FDP, FW und CDU - doch vertreten, oder nicht?

Bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder Sie haben diese Einsparungen beabsichtigt oder Sie geben Aufträge, deren Tragweite Sie nicht abschätzen können. Ich glaube ich liege nicht falsch, ersteres anzunehmen.

Meine Damen und Herren: Ihre Parteien haben den Haushalt beschlossen mit den Mitteln, die sie für den Schülerverkehr bereitstellen. Sie haben auch dem Spar- und Kürzungskonzept des Wetteraukreises zugestimmt und Sie setzen es jetzt um.

Hier handelt es sich doch um keinen Betriebsunfall, wie sie das glauben machen möchten. Wir fordern Sie auf, den Schülerverkehr wie bisher fortzusetzen. Sie, meine Damen und Herren, setzen doch die Rahmenbedingungen.“

Wir haben beantragt, dass diese Bescheide zurückgenommen werden. Dies wurde auch von CDU und Freien Wählern beantragt und zuletzt auch beschlossen.

Doch der Beschluss hat zwei Haken:

Erstens hat er keine direkten Auswirkungen auf die VGO. Denn der Kreis hat einen Vertrag mit der Gesellschaft, der ihm keine Weisungsrechte einräumt. Man fragt sich: wie können Politiker solche Verträge schließen? Doch die Antwort ist ganz einfach: Damit der Kreistag keinen Einfluss nehmen kann.

Und zweitens wird das Thema auch dann wieder auf die Tagesordnung kommen, wenn die VGO ihre Bescheide zurücknimmt. Im hessischen Schulgesetz steht nämlich, dass Kinder bis zur 5. Klasse 2 Kilometer laufen können und ab der 5. Klasse 3 Kilometer. Wir nehmen zwar an, dass die Bescheide zurückgenommen werden. Aber gleich nach der Kommunalwahl 2016 wird dann der Schülerverkehr wieder beschnitten.

Änderungsantrag DIE LINKE: Integrationskonzept des Wetteraukreises

Das Konzept „Integration und Vielfalt“ wurde angenommen. Dagegen stimmten CDU, NPD und Teilen der Freien Wähler. In ihrer Reden betonte die CDU, wie wichtig ein solches Integrationskonzept sei. Doch weil in einem Satz geschrieben steht, man setze sich für das kommunale Wahlrecht für Migranten ein, lehnten sie es ab.

Wir hatten ein ganz anderes Problem mit diesem Integrationskonzept: es bleibt ziemlich unkonkret, was die Umsetzung angeht. Hier unsere Rede:

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Wetteraukreis sich heute ein Konzept „Vielfalt und Integration“ gibt. Wir begrüßen ausdrücklich, dass darin ein Bekenntnis zum kommunalen Wahlrecht enthalten ist und eine Vielzahl von Vorschlägen für ein Zusammenleben ohne Rassismus.

Leider bleibt das Konzept bei der Umsetzung vieler Vorschläge unkonkret.

Wir beantragen daher, drei Punkte aufzunehmen, die bei der Realisierung hilfreich sind:

Es sollten jährlich konkrete Schwerpunkte gesetzt werden, welche Projekte und Vorhaben umgesetzt werden, wie dies geschehen soll und wie man das zum Schluss auswerten kann.

Zu den Schwerpunkten sollte ein Finanzplan erstellt werden. Denn ohne Geld gelingen weder Sprachkurse, noch Runde Tische, noch ein öffentlicher Dialog.

Und dazu müssen in den jeweiligen Haushalt Mittel eingestellt werden.“

Unser Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Dringlichkeitsantrag DIE LINKE: Fluthilfe und ein Fonds für Hilfen nach Naturkatastrophen

Diesen Antrag haben wir zurückgezogen. Ihr findet ihn auf der homepage:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/404-dringlichkeitsantrag-im-kreistag-wetteraukreis-soll-fonds-f%C3%BCr-naturkatastrophen-einrichten.html>

Wir haben einem Antrag der Koalition zugestimmt, der wesentlich höhere Mittel locker machen will. Dennoch halten wir an der Idee fest, einen Fonds für Opfer von Naturkatastrophen zu gründen. Das werden wir zu gegebener Zeit erneut einbringen.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi